## Forderungen unseres Wahlprogramms und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen

Forderung	
BEREICH ARBEIT	
Stärkung der Tarifbindung	<b>\</b>
Unterstützung der Gründung und Arbeit von Betriebsräten	<b>/</b>
Fortsetzung der regelmäßigen Betriebsrätekonferenz des Landes	<b>/</b>
Landeskampagne zur Gründung von Betriebsräten	X
Förderausschluss für Unternehmen, die nachweislich betriebliche Mitbestimmung behindern	<b>/</b>
Fortsetzung der Arbeitsmarktprogramme für einen Sozialen Arbeitsmarkt wie "Familien stärken"	<b>/</b>
Durchsetzung des Arbeitsschutzes durch engmaschige Kontrollen / Personelle Stärkung des Landesamtes für Verbraucherschutz (Soziales)	<b>/</b>
Bekämpfung der Ausbeutung von Saisonarbeitskräften / Verstetigung der Beratungsstelle für migrantische Arbeitskräfte BemA	<b>/</b>
Weitere Unterstützung des Zukunftszentrums Digitale Arbeit	<b>/</b>
Bundesratsinitiative für gute Rahmenbedingungen zur Förderung und Erleichterung mobiler Arbeit	<b>/</b>
Weiterentwicklung des Fachkräftesicherungspakts	<b>/</b>
Fortsetzung der Fachkraftinitiative des Landes "Fachkraft im Fokus"	<b>/</b>
Ergänzend zum Qualifizierungschancengesetz: Weiterhin Förderung der Programme "Weiterbildung direkt" und "Weiterbildung Betrieb"	<b>/</b>
Verstetigung des Berufsorientierungsprogramms BRAFO und Ausweitung an alle weiterführenden Schulen – auch an Gymnasien	<b>/</b>
Fortsetzung des Landesprogramms RÜMSA für einen guten Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf	<b>/</b>

Schulgeldfreiheit und perspektivische Vergütung der Ausbildung in allen Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen	<b>/</b>
Ausbildungsgarantie	×
Stärkung der Jugendberufsagenturen	<b>~</b>
unabhängige Beschwerdestelle für Auszubildende, angesiedelt bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern	×
Etablierung eines zentralen Welcome-Centers für Zuwanderungsinteressierte	<b>/</b>
Pilotvorhaben zur Anwerbung von Fach- und Arbeitskräften im Rahmen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes	<b>/</b>
Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse (IQ-Netzwerk; bessere Personalausstattung im Landesverwaltungsamt)	<b>/</b>
Angebote zur Berufsorientierung, Qualifizierung, berufsvorbereitenden und - begleitenden Sprachförderung sowie die Unterstützungsangebote zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration passgenauer aufeinander abstimmen und bedarfsgerecht flexibilisieren	<b>~</b>
Fortführung der Beratungsangebote für zugewanderte Frauen	<b>/</b>
Stärkere Nutzung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung, um Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten zu erleichtern	<b>/</b>
BEREICH BILDUNG	
mehr Ganztagsschulen von Jahr zu Jahr	
=> Möglichkeit zum Ganztagsunterricht für jede Schule, Ausbau zunächst an Grundschulen	~/×
mehr Gemeinschaftsschulen	√/ <b>x</b>
=> Bestandsgarantie für alle Schulformen	
Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben durch Schulverwaltungsassistent*innen	<b>/</b>
gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte an allen Schulformen durch gleiche Vergütung	×
berufliche Perspektive für Seiteneinsteiger*innen durch Fort- und Weiterbildung	<b>~</b>
Rückkehr zum System der Abminderungsstunden	X

[	
Einsatz von Lehrkräften im Ruhestand für Unterricht und Betreuung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen	~/×
=> zur Betreuung von Seiteneinsteiger*innen	
Anreiz- und Qualifizierungssystem für schulische Führungskräfte	<b>/</b>
keine Anhebung von Mindestschüler*innenzahlen, die zur Schließung von Standorten führen	<b>/</b>
größere Ausbildungskapazität für Lehrämter an unseren Hochschulen, die sich an den unterrichtsfachbezogenen Bedarfen ausrichtet	<b>/</b>
verpflichtende frühzeitige Schulpraktika mit Beginn des Lehramtsstudiums	
=> Überarbeitung der Praxisanteile im Studium	✓/×
verstärkte Beratung für Lehramtsstudieninteressierte	<b>/</b>
Umstellung auf das Modell des Stufenlehramtes	X
mehr Durchlässigkeit und flexiblerer Einsatz von Lehrkräften an allen Schulformen	X
beschleunigtes Einstellungsmanagement im Landesschulamt;	
jede Absolventin und jeder Absolvent erhält ein Angebot zur Einstellung in den Vorbereitungsdienst – in der zweiten Phase der Lehramtsausbildung soll jeder Lehrkraft im Vorbereitungsdienst schnellstmöglich ein Einstellungsangebot unterbreitet werden	<b>~</b>
Anreize zur Besetzung von "schwer vermittelbaren" Stellen	<b>/</b>
mehr Mitspracherecht der Schulen bei der Stellenbesetzung	<b>~</b>
Rücknahme aller Kürzungen bei den Stundenzuweisungen	×
multiprofessionelle Teams mit pädagogischen Mitarbeiter*innen und Schulsozialarbeit als fester Bestandteil der schulischen Erziehungsarbeit und deren Verstetigung	<b>/</b>
gestärkte Rechte der Gesamtkonferenz mit einem paritätischen Stimmverhältnis	X
Stärkung der Erinnerungskultur und des Gedenkens, Unterstützung von Gedenkstättenfahrten und Jugendbegegnungen	<b>/</b>
bessere Finanzierung und personelle Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung, Ausbau des Schulnetzwerkes "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage"	<b>~</b>

	1
geeignete mobile Endgeräte für jedes Kind	<b>/</b>
Weiterbildung der Lehrkräfte, um digitale Lerninhalte auch didaktisch aufbereiten zu können	<b>/</b>
Einführungen von Digitalmentor*innen an den Schulen	<b>~</b>
aktive Unterstützung von Seiten des Landes für die Aufarbeitung von Lerninhalten	<b>~</b>
Investitionsprogramm zur Schulsanierung für die Schulen, die nicht in den Genuss des STARK-III-Programms gekommen sind	<b>/</b>
eine neue Schulbaurichtlinie, die ein Umsetzen der rechtlichen Rahmenbedingungen für inklusives Lernen ermöglicht	<b>/</b>
grundsätzliche Lernmittelfreiheit – sowohl für digitale wie auch für analoge Lernmittel – Evaluierung der Lernmittelkostenentlastungsverordnung sowie die Schulbaurichtlinie und entwickelt diese kontinuierlich und vor dem Hintergrund dynamischer IT-Entwicklungen weiter. Dabei müssen sowohl die digitalen Endgeräte der Schülerinnen und Schüler, digitale Schulbücher und die Softwareausstattung Berücksichtigung finden.	×
solide und rechtssichere Finanzierung der freien Schulen	<b>/</b>
größere Budgethoheit in Eigenverantwortung der Schule	
=> zus. Mittel für Ganztagsangebote; Budgets für kurzfristige Vertretungen	<b>V/</b>
neues Förderschulkonzept	<b>~</b>
für jedes Kind ein Schulzeugnis, das die erworbenen Kompetenzen beschreibt und den Einstieg in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben ermöglicht	~/×
=> Teilleistungszeugnis für Schüler*innen im Förderbereich LB	
Inklusion als Gegenstand von Lehramtsausbildung und Fortbildung	
=> Land strebt eine praxisnahe Lehramtsausbildung an. In einer gemeinsamen Kommission mit den Universitäten sollen die Curricula bzw. Inhalte und Umfänge der Praxisanteile innerhalb der Lehramtsausbildung überarbeitet werden	~/×
verstärkte Beratung von Eltern zum Thema Inklusion	<b>/</b>
im Rahmen der Schulprogrammarbeit Entwicklung eigener inklusiver Schulkonzepte an den Schulen	<b>~</b>
eine an allen Schulformen agierende Qualitätsfeststellung durch externe Evaluation, die Entwicklungen des schulischen Lebens einschätzt und Impulse setzt	<b>~</b>

verbesserte Finanzierung der Erwachsenenbildung	
versesserte i manzierang der Er wachsenenblidding	
Stärkung der Angebote zur Grundbildung (Alphabetisierung, Nachholen von Schulabschlüssen)	<b>/</b>
Novellierung des Bildungsfreistellungsgesetzes	<b>/</b>
BEREICH DEMOKRATIE UND ENGAGEMENT	
Fortsetzung und finanzielle Untersetzung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit sowie des Landesprogramms für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus	<b>~</b>
Aufwertung der Ansprechperson für jüdisches Leben zum Beauftragten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben	<b>\</b>
Veranstaltung landesweiter jüdischer Kulturtage	<b>/</b>
Sicherstellung der Kofinanzierung der Bundesprogramme "Demokratie leben!" und "Zusammenhalt durch Teilhabe"	<b>/</b>
Weiterförderung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus	<b>\</b>
Weiterförderung der institutionell geförderten Träger	<b>\</b>
Vernetzung der Zivilgesellschaft im Netzwerk für Demokratie und Toleranz	<b>/</b>
Fortsetzung "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage"	<b>/</b>
Verbindliche Verankerung der Demokratiebildung sowie interkulturellen Bildung in den Lehrplänen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, in allen relevanten Ausbildungs- und Studiengängen sowie der Weiterbildung	<b>\</b>
Stärkung der Medienkompetenz: Bildungsangebote für Lehr- und Fachkräfte sowie Aufklärungsoffensive in Horten und Schulen	<b>\</b>
Beratungsangebote für Betroffene von Hass im Netz	<b>/</b>
Stärkung internationaler Jugendbegegnungen	<b>/</b>
Untersetzung der Engagementstrategie mit Fördermöglichkeiten	<b>/</b>
verlässliche und strukturelle Förderung der Freiwilligenagenturen und Engagementzentren	<b>/</b>

Ausbau der Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement, u.a. durch Unterstützung bei Einführung einer Ehrenamtskarte in Kooperation mit Kommunen, Wirtschaft und Verbänden	<b>~</b>
Erweiterung des Engagementfonds Willkommenskultur auf das Engagement für sozialen Zusammenhalt	<b>/</b>
Digitalisierung	
Versorgung mit einem breitbandigen Internetanschluss – kabelgebunden oder mobilfunkgestützt – für alle Bürger*innen so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis 2025	~/×
=> ohne Jahresangabe	
ein flächendeckendes Glasfasernetz (entsprechend der Gigabit-Strategie)	<b>/</b>
kommunale Auffanglösungen bei Verweigerung des örtlichen Ausbaus durch die großen Provider	~/X
Schließen der Funklöcher im 4G-Netz auch auf dem Land	<b>/</b>
Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes	<b>\</b>
Zusammenführung der Kompetenzen für digitalen Wandel und IT-Infrastruktur, z.B. in eigenständigem Digitalisierungsministerium	<b>/</b>
Weiterentwicklung der Digitalen Agenda und dem Aufbau einer Digitalagentur des Landes	<b>/</b>
=> ohne Digital-Agentur	
Initiative, die sich öffentlichkeitswirksam und mit neutralen Informationen den Sorgen und Bedenken der Menschen bezüglich neuer Digitaltechniken widmet	~/×
=> wird bereits realisiert	
Aufstockung des WLAN-Programms und der Freifunkförderung	<b>\</b>
Bereitstellung eines für moderne Anwendungen ausreichenden Uploads bei allen Ausbau- und Fördermaßnahmen	<b>/</b>
=> wird bereits realisiert	
DIE VERWALTUNG AUF ALLEN EBENEN DIGITALER UND DAMIT BÜRGER*INNENNÄHER AUFSTELLEN	
digitale Verwaltung, in der bis 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen von den Kommunen bis zum Land digital angeboten werden	√/X
=> ohne Jahresangabe	

digitale Modellkommunen	<b>/</b>
datenschutzkonforme Lösungen für den vollständig digitalen Austausch mit den Verwaltungen	<b>~</b>
Open-Data-Hub	<b>/</b>
Veröffentlichung aller aus Landesmittel finanzierter Software-Entwicklungen	~/X
=> im gewerblichen Bereich geschützter Bereich unternehmerischer Entscheidungen	,
bessere Unterstützung der Free Software Foundation und der Open-Source- Bewegung	<b>~</b>
bevorzugt europäische IT-Lösungen	×
DEN DIGITALEN WANDEL IM GANZEN LAND AKTIV GESTALTEN	
einen Breitband- und 5G-Ausbau unabhängig von der Einwohnerzahl, um Innovationen der Landwirtschaft 4.0 zu ermöglichen. Die Agrarunternehmen des Landes werden wir bei entsprechenden Digitalisierungsschritten beraten und unterstützen	~/×
Einrichtung von Co-Working- und Co-Living-Spaces im ländlichen Raum sowie regionale Digitalisierungszentren	~/×
Smarte Modellregionen zur Lösung von Problemen wie Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung, Energie mit digitalen Instrumenten	<b>/</b>
DIE DIGITALE KULTUR UND DIE DIGITALISIERUNG DER KULTUR STÄRKEN	
Förderung des E-Sports im Land durch bessere Rahmenbedingungen und die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit	<b>~</b>
Förderung digitaler Projekte und Vernetzungsansätze der Kultur- und Kreativwirtschaft	<b>/</b>
Forcierung der Digitalisierung von Kunst- und Kulturgut und den freien Zugang dazu	<b>\</b>
Stärkung des Kulturtourismus und der kulturellen Bildung durch digitale, frei zugängliche Kunst- und Kulturangebote des Landes (z.B. Apps)	~/×
Bildungsangebot für digitale Kompetenzen aller Bürger*innen	~/×
Programm für die digitale Teilhabe älterer Menschen	
=> wird bereits realisiert (z.B. DRK)	<b>//X</b>

DIGITAL PFLEGEN UND HEILEN – CHANCEN DER DIGITALISIERUNG IM GESUNDHEITSWESEN NUTZEN	
Unterstützung des Gesundheitswesens beim Ausbau der Telemedizin	<b>/</b>
Ausbau digitaler Assistenz- und Unterstützungssysteme	<b>/</b>
Förderung weiterer Online-Beratungssysteme, z.B. Suchtberatung	<b>/</b>
DIGITALES LERNEN AN SCHULE UND HOCHSCHULE VERBESSERN	
Anschaffung von Schulgeräten	<b>/</b>
Verankerung digitaler Unterrichtskonzepte und der Medienbildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften	<b>/</b>
Entlastung bei Beschaffung und Pflege der Hard- und Software in den Schulen	~/×
aktive Unterstützung von Seiten des Landes für den Einsatz von freien und Open- Source-Lösungen in unseren Bildungseinrichtungen	~/×
Schaffung klarer rechtlicher Leitfäden für Lehr- und Lernmittel und zu den Themen Datenschutz und Urheberrecht	×
Förderung der Digitalisierung an den Hochschulen und Universitäten durch die Einrichtung eines Digitalfonds	~/×
=> Ausgleich pandemiebedingter Mehraufwand	
Ausbau eines leistungsfähigen Hochschulnetzes	. / >
=> Findet als Aufgabe der Hochschulen schon statt	<b>V/</b>
Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes nach dem BAföG	. /
-> wird haraita ragliciart	
=> wird bereits realisiert	_
einrichtungsübergreifende Plattformen und Register	<b>/</b>
DIGITALE WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSWELT STÄRKEN	
Fortsetzung der Förderung von Digitalisierungsprojekten in Unternehmen und Unterstützung bei der Gewinnung von Fachkräften mit digitalen Kompetenzen	<b>/</b>
Verstetigung und den Ausbau von Förder- und Kooperationsstrukturen wie dem Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Magdeburg und dem Partnernetzwerk Wirtschaft 4.0	<b>/</b>

Unterstützung von Unternehmen bei der Digitalisierung der industriellen Produktion (Industrie 4.0)	<b>/</b>
Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Gewerbegebieten und bei Investitionen in verkehrliche und digitale Infrastruktur	×
Fortsetzung der Programme "Digital Creativity" und "Digital Innovation" sowie eigener IT-Wirtschaftscampus	~/×
Gute digitale Arbeit: Ausbau des Zukunftszentrums Digitale Arbeit, die Landesinitiative Fachkraft im Fokus sowie die Qualifikationsprogramme für Mitarbeiter*innen und Programme zur unternehmensinternen Organisationsentwicklung	<b>~</b>
Einsatz auf Bundesebene für Standard für gute Arbeit in der digitalen Welt	X
Anpassung und Fortentwicklung von Aus- und Fortbildungsordnungen an digitale Arbeit	~/X
=> Umsetzung bereits im Rahmen Fachkräftesicherungspakt	
BEREICH EUROPA	
Maßnahmen gegen ausbeuterische Werkverträge zulasten europäischer Arbeitnehmer*innen	
=> Stärkung der BemA sowie Vernetzung von Kommunen, Zoll und Landesamt für Verbraucherschutz zur konsequenten Ahndung bei Verstößen	
Starke europäische Vernetzung des hiesigen Mittelstandes und Nutzung der Binnenmarkt-Freiheiten	<b>/</b>
Verstärkte Breitbandförderung über europäische Fonds und europäische Mittel für den WLAN- und 5G-Ausbau	<b>/</b>
Nutzung der EU-Förderperiode 2021 bis 2027 sowie der Corona-Wiederaufbau- Fonds zur sozialen Absicherung des Strukturwandels hin zu einer kohlenstofffreien und digitalisierten Wirtschaft mit der Schaffung innovativer Arbeitsplätze	
=> "bestmögliche Verschränkung von Landes-, Bundes- und europäischen Förderprogrammen zur unmittelbaren Wirtschaftsförderung" für eine Stärkung der strukturpolitischen Effekte der Infrastrukturförderung im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen	~/ <b>×</b>
Stärkere Sichtbarkeit der sachsen-anhaltischen Chemieindustrie im Netzwerk der europäischen Chemieregionen in Brüssel	×
Unterstützung einer zielgerichteten Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter, für Chancengleichheit und für die Ratifizierung der Istanbul-Konvention durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten	×
Europäische Förderprogramme im Bereich Kultur und Medien; verstärkte Berücksichtigung in künftigen EU-Haushalten und Sonderprogrammen	~/X

=> Überprüfung der Förderinstrumente und der Zuwendungspraxis; Beteiligung Sachsen-Anhalts am "Neuen Europäischen Bauhaus"	
Weiterentwicklung der EU-Disability Card zu einem verbindlichen europäischen Behindertenausweis	×
Starke Vertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel und in Berlin, im Ausschuss der Regionen und im Bundesrat	<b>/</b>
Möglichst hohes Niveau der Förderung auch in der nächsten Förderperiode; vereinfachte Förderverfahren und erhöhter Mittelabfluss bei den europäischen Strukturfonds	<b>~</b>
Schaffung einer institutionellen Infrastruktur zum Abruf von EU-Forschungsmitteln  => "Mit dem Enterprise Europa Network (EEN), dem EU-Hochschulnetzwerk und dem Beratungsnetzwerk GOEUROPE! für junge Menschen stehen Sachsen-Anhalt wichtige Beratungseinrichtungen zur Verfügung. Die Koalitionspartner streben, unter Beibehaltung der jeweiligen zielgruppenspezifischen Arbeitsweise, eine engere Zusammenarbeit der drei Einrichtungen an und setzen sich für eine Aufgabenerweiterung auf die Beratung von Kommunen zur Stärkung des europäischen Austauschs zwischen den Kommunen ein."	<b>\</b>
Projektentwickler*innen im Kohlerevier, die innovative Infrastruktur-, Energie-, Klimaschutz- und Industrieprojekte entwickeln und im Sinne des Green Deals und des EU-Kohleausstiegsfonds umsetzen  => Einführung eines Förderverfahrens für die Strukturwandelregionen nach Vorbild des LEADER-Programms	~/×
Austausch mit anderen ehemaligen Kohleregionen Europas auf Grundlage des Kohleausstiegs- und das Strukturstärkungsgesetzes und deren Umsetzung	<b>/</b>
Niedrigschwellige Breitenförderung bei der Vergabe von EU-Fördermitteln für energieeffizienzsteigernde und CO2-mindernde Maßnahmen	<b>/</b>
Ausbau der politischen Bildung und Schulbildung in Bezug auf europäische Themen  => Stärkere Berücksichtung von politischen Prozessen auf europäischer Ebene in den Projekten der Landeszentrale für politische Bildung	~/×
Ausweitung der Bürger*innendialoge in allen Teilen Sachsen-Anhalts	<b>/</b>
Finanzielle Unterstützung für Bürger*innen und Kommunen zu Austauschmöglichkeiten mit anderen europäischen Regionen	<b>~</b>
Wettbewerbsfähige ökologische Landwirtschaft auf europäischer Ebene	<b>~</b>
Europaweit einheitliche Besteuerung von Digitalunternehmen und Schaffung einer Finanztransaktionssteuer	~/×

=> Durch das von Olaf Scholz vorangetriebene Projekt einer Globalen Mindeststeuer ist der erste Punkt bereits in Bearbeitung. Die Finanztransaktionssteuer wurde nicht mit aufgenommen.	
BEREICH Finanzen	
ein Investitionsprogramm für die Krankenhauslandschaft in Höhe von 150 Millionen Euro für die Jahre 2021 und 2022 und 450 Millionen Euro 2023 bis 2025, zusätzlich zum bereits geplantem Niveau von 150 Millionen Euro, um den Investitionsstau von 700 Millionen Euro abzuarbeiten	<b>~</b>
=> im Koalitionsvertrag keine genaue Nennung von Höhe der Mittel und Zeitraum, aber Verstetigung der Mittel	
eine Erhöhung der Investitionspauschale für die Kommunen auf jeweils 300 Millionen Euro in den Jahren 2021, 2022 und 2023. Damit decken wir auch den kommunalen Investitionsbedarf ab, der mit den bisherigen Förderprogrammen nicht erfasst wurde	<b>\</b>
ein Investitionsprogramm für zusätzliche Investitionen in landeseigene Infrastruktur in Höhe von 200 Millionen Euro für 2021 und 2022  => im Koalitionsvertrag keine genaue Nennung von Höhe der Mittel und Zeitraum,	<b>\</b>
ein Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro für Schulen und Kindertagesstätten für die Jahre 2023 bis 2025 – mit dem Ziel, überall dort, wo STARK III nicht gegriffen hat oder die Mittel erschöpft waren, den Abbau des fortwährend bestehenden Investitionsstaus in diesem Bereich voranzutreiben	<b>~</b>
=> im Koalitionsvertrag keine genaue Nennung von Höhe der Mittel und Zeitraum, aber Förderprogramm mit genauer Aufgabenbeschreibung eine Investitionszulage – eventuell aus GRW-Mitteln gestaltet – für Investitionen	
im Beherbergungsgewerbe zur Modernisierung touristischer Unterkünfte in Höhe von 40 Millionen Euro	X
=> im Koalitionsvertrag nur Pakt zwischen Land und DEHOGA geplant eine Landesbürgschaft in Höhe von zehn Millionen Euro für den	
Landestourismusverband	X
=> im Koalitionsvertrag reine Unterstützungserklärung	
die Konzentration von Anlagen des Pensionsfonds auf den Ankauf von für die Nutzung der Landesverwaltung notwendigen Immobilien in Sachsen-Anhalt	X
=> im Koalitionsvertrag keine Konzentration auf Immobilien die vollständige Kreditfähigkeit der Uniklinika, um schnell durch Nutzung der	
derzeit günstigen Kreditzinsen zu modernen Kliniken zu kommen	X
Wahlfreiheit für Beamt*innen zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung	X

familienfreundliche Arbeitsbedingungen und zur Einsparung bei den Landesliegenschaften die Möglichkeit für Heimarbeit statt Büroarbeit	X
die Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt, damit öffentliche Mittel Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen	×
=> im Koalitionsvertrag Erprobung bei geeigneten Maßnahmen	
BEREICH Kommunalfinanzen	
eine Aufstockung der Finanzausgleichsmasse noch für 2021 pauschal auf 1,7 Milliarden Eur	~/×
=> es werden 66 Mio zur Verfügung gestellt	
die Berücksichtigung der Abschreibungen in der doppischen Haushaltsführung bei der Ausgestaltung des FAG	~/ <b>X</b>
=> Prüfauftrag im Rahmen der Weiterentwicklung des FAG hinterlegt	
die regelmäßige Anpassung des pauschalen Mehrbelastungsausgleichs für die Einnahmeausfälle der Kommunen wegen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter Beachtung der Baukostenentwicklung	×
die Prüfung einer allgemeinen "Steuerschwankungsreserve" in Gestalt eines Steuerschwankungsfonds, um unvorhersehbare Steuerausfälle der Kommunen auch infolge weltweiter Krisen zu kompensieren	×
für die Städte und Gemeinden je Bürger*in ein lokales Bürgergeld in Höhe von 20 Euro, welches unter Beteiligung der Einwohner*innen ebenfalls zur Finanzierung von freiwilligen Aufgaben verwendet werden kann	×
den kontinuierlichen Einsatz auf der Bundesebene dafür, dass der kommunale Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen in der Bundesrepublik unter Beibehaltung des bisherigen Länderanteils erhöht wird	×
die Einführung eines von möglichen aufsichtlichen Genehmigungs- und Konsolidierungsauflagen freigestellten Mindestbetrages für die Bereithaltung freiwilliger sozialer Infrastruktur zur Erhaltung identitätsstiftender örtlicher kultureller und sozialer Einrichtungen	×
jährlich eine Anpassung entsprechend der Tarif- und Besoldungsentwicklung, da die Personalkosten der bestimmende Faktor für die Ausgabenentwicklung der Kommunen sind	×
BEREICH GESUNDHEIT, PFLEGE UND VEBRAUCHERSCHUTZ	
Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen	<b>V</b>
Unterstützung von Modellen (wie etwa Konzepten in Anlehnung an Polikliniken)	<b>/</b>
Vernetzte Angebote für ältere Menschen	<b>/</b>

	l
Integrierte Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung	<b>/</b>
Kompetenzen von Apothekern und Zahnärzten für die Versorgungsstrukturen nutzen	<b>/</b>
Barrierefreie medizinische Versorgung	<b>/</b>
Stärkung diversitäts- und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung	<b>/</b>
Verbesserte Notfallversorgung	<b>/</b>
Stärkung der Präventionsprojekte zum Suchtmittelmissbrauch sowie der Suchtberatung	<b>/</b>
Gesundheitsförderung für junge Familien	<b>/</b>
Gesundheitsprävention in Kitas und Schulen	<b>/</b>
Erste-Hilfe-Unterricht an unseren Schulen	<b>/</b>
Modellprojekt zur Einführung von Schulgesundheitsfachkräften	X
Ausbau ambulante psychiatrische Versorgung	<b>/</b>
Fortsetzung Programm Pflege im Quartier	<b>/</b>
Überprüfung der Gesundheitsziele des Landes	<b>/</b>
Bundesratsinitiative zur vollständigen Kostenübernahme von Verhütungsmitteln	<b>/</b>
Bundesratsinitiative zur Abschaffung des §219a	X
Stabilisierung der Krankenhausinvestitionen aus dem Landeshaushalt	<b>/</b>
Fonds für Krankenhausinvestitionen aus dem Corona-Sondervermögen	<b>/</b>
Einführung smartphonebasiertes Ersthelferalarmierungssystem	

Modellprojekt zur Einführung eines Telenotarztes	<b>/</b>
Zentrum für Digitalisierung im Gesundheitswesen	×
Initiative für eine Pflegevollversicherung im Bundesrat	×
Mehr Medizinstudienplätze	~/×
Landesweite Präventionskampagne zur psychischen Gesundheit	<b>/</b>
Übernahme des Gesundheitsziels "rund um die Geburt" in die Landesgesundheitsziele	<b>/</b>
Verankerung der Frauengesundheit in den Landesgesundheitszielen	×
Unterstützung bei der Rekommunalisierung von Krankenhäusern als Ultima Ratio	<b>/</b>
Bundesweite Neuausrichtung des DRG-Systems	<b>/</b>
Ausschluss der Privatisierung von Unikliniken und der Salus gGmbH	<b>/</b>
Vollständige Kreditfähigkeit der Unikliniken	×
Erhöhung der Sicherstellungszuschläge für Krankenhäuser	~/×
Schulgeldfreiheit für alle Gesundheitsberufe	<b>/</b>
Ausbau von Ausbildungskapazitäten in Gesundheitsberufen	<b>/</b>
Bedarfsgerechtes, hochwertiges Netz der Geburtshilfe	<b>/</b>
Schnelles Internet für Gesundheitseinrichtungen	<b>/</b>
Förderung zukunftsweisender Technologien wie Telemedizin	<b>/</b>
Bachelorstudiengang Gesundheitsförderung- und Management	×

Gesetz zur Patientenbeteiligung inkl. Regelungen zu Patientenvertretung im Land	X
Personelle Stärkung der Gesundheitsämter	<b>/</b>
Schnelle Prüfung ausländischer Bildungsabschlüsse	<b>/</b>
Allgemeiner Branchentarifvertrag Soziales	X
Verbesserungen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und des Schutzes vor Täuschung beim Lebensmitteleinkauf ("food fraud")	<b>/</b>
Unterstützung der Arbeit der Landkreise und kreisfreien Städte durch Kontrollteams Lebensmittelsicherheit	<b>/</b>
Personelle und räumliche Stärkung des Landesamtes für Verbraucherschutz	<b>/</b>
ausreichende Personalausstattung in den Landkreisen und kreisfreien Städten, dem Landesverwaltungsamt, dem Landesamt für Verbraucherschutz und der zuständigen obersten Landesbehörde	~/×
BEREICH GLEICHSTELLUNG	
Stärkung der Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe	<b>/</b>
Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz	<b>/</b>
Einführung von Gleichstellungsbeauftragten auch in der Privatwirtschaft auf Bundesebene	X
Evaluierung und Weiterentwicklung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt mit verbindlichen Zielvorgaben	<b>/</b>
Stärkung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten durch ein Klagerecht	<b>/</b>
Amt der Gleichstellungsbeauftragten bleibt Frauen vorbehalten	<b>/</b>
Paritätsgesetz, das die paritätische Vertretung von Frauen und Männern bei Wahlen in Sachsen-Anhalt herstellt	X
Verbindliche paritätische Gremienbesetzung in allen Institutionen mit Landesbeteiligung	X
=> im Koalitionsvertrag nicht verbindlich, aber als Ziel benannt	
Geschlechtersensible Berufsorientierung, Präventionsmaßnahmen zum Abbau von Geschlechterstereotypen	<b>/</b>

Netz an Frauenschutzeinrichtungen und Beratungsstellen sichern und besser unterstützen, verlässliche Ausfinanzierung und bedarfsgerechter Ausbau	<b>\</b>
Tarifgerechte Bezahlung für alle Mitarbeiterinnen und mehrjährige Förderung der der Frauenhäuser, Beratungsstellen und Interventionsstellen	<b>/</b>
BR-Initiative für eine einheitliche einzelfall- und tagessatzunabhängige, bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser	<b>/</b>
Aufstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Gewaltschutz	<b>\</b>
Verstetigung der Gewaltschutzambulanzen, Schaffung mobiler und mehrsprachiger Zugänge zum Hilfesystem	<
Gewaltschutzkonzepte in sozialen Einrichtungen, Handlungsleitfäden unter Beteiligung von Jugendämtern und Familiengerichten	<b>/</b>
Anerkennung von Gewalt mitbetroffener Kinder als eigene Opfergruppe, Bereitstellung finanzieller Mittel für ein elternunabhängiges Beratungs- und Schutzangebot	<b>\</b>
Verbesserte Beratung zum Ausstieg aus der Prostitution, Weiterentwicklung Beratungsstelle "Magdalena"	<b>/</b>
BR-Initiative zur Erfassung digitaler Gewalt	<b>/</b>
Verankerung des Schutzes vor Hasskriminalität in Aus- und Weiterbildung bei Justiz und Polizei	<b>\</b>
8. März als gesetzlichen Feiertag einführen	X
Verstetigung der ESF-geförderten Antidiskriminierungsstelle und der Coachingangebote zum AGG	<b>/</b>
Landesantidiskriminierungsgesetz	×
Antidiskriminierungsbeauftragte	<b>\</b>
Evaluierung und Weiterentwicklung des Aktionsprogramms gegen Homo- und Transphobie als ressortübergreifende Aufgabe für die Akzeptanz von LSBTiQ*	<b>/</b>
Anwendung diskriminierungsfreier und geschlechtergerechter Sprache in öffentlichen Dokumenten	X
=> im Koalitionsvertrag nicht vollständig erfüllt, aber Bereitstellung von Handlungsanleitungen	
Stärkung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für queere Menschen	<b>\</b>

BR-Initiative zur Ergänzung von Art. 3 GG um das Verbot der Ungleichbehandlung aufgrund sexueller Identität	<b>/</b>
den Ausbau von Bildungsprozessen in Kita und Schule, die dazu beitragen, dass Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden.	<b>\</b>
Der Medienkoffer für Kita und Schule soll ausgeweitet werden	X
Angebote zum Kompetenzerwerb in geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Pädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie Lehrkräfte. Lernmaterialien sollen auf Geschlechterklischees und Diskriminierung überprüft und überarbeitet werden.	×
Verbesserung des selbstbestimmten Zugangs von Transpersonen zum Gesundheitswesen sowie die Qualifizierung und Sensibilisierung von Ärzt*innen für deren Situation und Bedürfnisse	<b>/</b>
personelle und finanzielle Stärkung der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für queere Menschen und ihrer Selbstorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von LSBTTI- Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Menschen mit Migrationshintergrund	<b>\</b>
konsequente Personalentwicklung in der Polizei auch für die Förderung von Frauen in Führungspositionen,	<b>\</b>
Einführung eines operativen Opferschutzes bei der Polizei	<
Entgeltgleichheit als Vergabekriterium im Landesvergabegesetz	<b>/</b>
Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt, damit öffentliche Mittel Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen	X
=> im Koalitionsvertrag Erprobung bei geeigneten Maßnahmen	
Unterstützung des Sports bei wichtigen Themen wie der Aufarbeitung von Fällen sexuellen Missbrauchs sowie Inklusion, Integration und Gleichstellung	<b>/</b>
Unterstützung von Initiativen für eine gleichberechtigte Aufteilung von Erziehungs- und Pflegezeiten. Wir wollen Arbeitsmarktprogramme wie "Familien stärken" fortsetzen, die jungen Frauen den Wiedereinstieg in Arbeit ermöglichen	<b>/</b>
anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst	<b>/</b>
Maßnahmen zur Stärkung einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung sowie entsprechende Ausbildungsinhalte in den Gesundheitsberufen	<b>\</b>
vollständige Kostenübernahme für Verhütungsmittel auf Bundesebene	<b>/</b>
wohnortnahe Unterstützung und Beratung von ungewollt Schwangeren	<b>\</b>

Bundesratsinitiative zur ersatzlosen Abschaffung des § 219a aus dem Strafgesetzbuch	×
Sicherung eines bedarfsgerechten und hochwertigen Netzes der Geburtshilfe mit einer verbesserten Hebammenversorgung. Ausbau des hebammengeleiteten Kreißsaal, Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Hebammen	<b>~</b>
bedarfsgerechte Randzeitenbetreuung in Kindertageseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<b>/</b>
frei zugängliche Wickeltische in allen öffentlichen Gebäuden	X
konsequente Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen und Erarbeitung von speziellen Konzepten zur Prävention unter anderem von sexueller Gewalt, Mobbing und Hate Speech	<b>/</b>
BEREICH INNENPOLITIK	
zusätzliches Personal, moderne und innovative Ausstattung für die Polizei, Erhöhung der Zahl der Polizeivollzugsbeamt*innen auf 7.000	<b>/</b>
zusätzliche Verwaltungsfachkräfte im Polizeibereich	<b>/</b>
größtmöglicher Schutz der Polizist*innen vor Gewalt	<b>/</b>
Auflösung des seit Jahren bestehenden Beförderungsstaus bei den Polizist*innen	X
Anhebung der Polizeizulage	<b>/</b>
moderne und gesundheitsschonende Schichtdienstmodelle bei der Polizei	×
konsequente Personalentwicklung auch zur Förderung von Frauen in Führungspositionen	<b>/</b>
Regionalisierung der Polizeiarbeit, lokale Bündnisse für Sicherheit	X
Sicherheitsbeirat beim Innenministerium	×
unabhängige*r Polizeibeauftragte*r als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen	<b>/</b>
Verfassungsschutz als eine bleibend wichtige Säule unserer Sicherheitsarchitektur	<b>/</b>
Einrichtung eines operativen Opferschutzes in der Polizei	<b>/</b>

Heraufsetzung der "geringen Menge" von Cannabis; Modellprojekte zur regulierten Freigabe; Bundesratsinitiative für die Legalisierung von Cannabis	X
bestmögliche technische Ausstattung aller Feuerwehren	<b>/</b>
hauptamtliche Wehrleiter*innen für Feuerwehren mit täglichen Einsätzen	X
Weiterentwicklung der zentralen Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, um örtlichen Erfordernissen besser gerecht zu werden	<b>/</b>
Förderprogramm zum Neubau von Löschwasserzisternen und -entnahmestellen	<b>/</b>
nachhaltige Förderung der Jugendfeuerwehr	<b>/</b>
Stärkung des Instituts für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge als Flaggschiff unter den Feuerwehrschulen; Investition in die digitale Struktur	<b>/</b>
verstärkte Gewinnung von Migrant*innen für die Feuerwehren	X
eine Kampagne, die insbesondere bei Arbeitgebern für die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Dienst und Arbeit wirbt	<b>\</b>
gemeindeübergreifende Brandschutzkonzepte im ländlichen Raum	X
schrittweise erhöhte und später vollständige Weiterleitung der Feuerschutzsteuer an die Kommunen zur Finanzierung ihrer Aufgaben im Brandschutz	~/×
=> Erhöhung des kommunalen Anteils wird angestrebt	
Aufbau einer Landesreserve für den Katastrophenschutz	<b>/</b>
Programm für Investitionen in die Technik der Katastrophenschutzbehörden	<b>\</b>
BEREICH INTEGRATION	
Bereitstellung niedrigschwelliger, mehrsprachiger Informationen zur Unterstützung des Zugangs zu Kitas	<b>/</b>
Sprachförderangebote in allen Schulstufen und Schulformen	<b>/</b>
Zugang zu Sprachkursen für alle Zugewanderten und Geflüchteten mit der Möglichkeit, mindestens das Sprachniveau B1 erreichen zu können	<b>/</b>
Zugang zur Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter spätestens drei Monate nach ihrer Ankunft	X

Verkürzung des Aufenthaltes in den Erstaufnahmeeinrichtungen für Familien und vulnerable Personen	<b>/</b>
Fortführung der unabhängigen Asylverfahrensberatung	<b>/</b>
Sicherstellung der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten, inklusive Sprachmittlungsangeboten	<b>\</b>
Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan	×
Sicherer Hafen für aus Seenot gerettete Geflüchtete	×
Interkulturelle Öffnung durch kompetente Beratungs- und Bildungsangebote	<b>/</b>
Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch Lotsen- und Patenschaftsprojekte, Engagementfonds und andere Formate niedrigschwelliger Unterstützung	<b>\</b>
Verstärkung des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit für ein gutes nachbarschaftliches Miteinander	<b>\</b>
Strukturelle Unterstützung für das Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen (LAMSA)	<b>/</b>
Unterstützung der Integrationsarbeit in Sportvereinen, Wohlfahrtsverbänden und Kultureinrichtungen	<b>/</b>
Unterstützung von Angeboten der interreligiösen Begegnungsarbeit der christlichen, jüdischen, islamischen und anderen Gemeinden	<b>/</b>
Unterstützung der islamischen Gemeinden bei ihrer Gemeinwesenarbeit	<b>/</b>
Unterrichtsangebot zur islamischen Religion für muslimische Schüler:innen	~/×
Beratungsangebot für queere Migrant:innen	<b>/</b>
BEREICH JUSTIZ	
Einstellungsoffensive für Justizbedienstete mit modernen Werbe- und Einstellungsverfahren	<b>/</b>
Weiterentwicklung des Personalkonzepts für die Justiz mit einer Aufstockung von 10 % über dem Personalschlüssel für Richter*innen und Staatsanwält*innen	<b>/</b>
Stärkung der Attraktivität des Dienstes in der Justiz	<b>/</b>

Einführung der elektronischen Akte in der Justiz bis zum Jahr 2025	<b>/</b>
Erhalt der Justiz mit allen ihren Gerichten und Staatsanwaltschaften in der Fläche	<b>/</b>
Ausbau der Sonderdezernate der Staatsanwaltschaften für organisierte, Wirtschafts-, Internet- und Staatsschutzkriminalität	<b>/</b>
Vermögensabschöpfung für kriminell erlangte Gewinne	<b>\</b>
Infrastruktur für Videovernehmungen, Videokonferenzen und Videoanhörungen	<b>/</b>
Erweiterung der Funktion der*des Landesopferbeauftragten als Ansprechpartner*in für alle Kriminalitätsopfer; Gründung eines Opferhilfefonds	<b>/</b>
Zusätzliches Personal für den Justizvollzug bei vorläufigem Verzicht auf den Neubau der JVA Halle	~/×
Verbesserung des Übergangsmanagements nach der Haft wird mit freien Trägern verbessert bei Verzicht auf ein Resozialisierungsgesetz	~/×
Der Justizwachtmeisterdienst soll vom einfachen in den mittleren Justizdienst überführt werden. Zusätzliche Forderung außerhalb des Wahlprogramms	<b>/</b>
BEREICH KINDER, JUGEND, FAMILIE UND SENIOR*INNEN	
Beitragsfreiheit für den Ganztagsanspruch auf Bildung und Betreuung	×
Flexible und bedarfsgerechte Öffnungszeiten in Kitas unterstützen	<b>/</b>
Förderung des Quereinstiegs in den Erzieher:innenberuf	
Förderung des Quereinstiegs in den Erzieher:innenberuf  Weiterentwicklung Bildungsprogramm "Bildung: elementar" und Absicherung der regelmäßigen Weiterbildung der Fachkräfte	<b>*</b>
Weiterentwicklung Bildungsprogramm "Bildung: elementar" und Absicherung der	~/×
Weiterentwicklung Bildungsprogramm "Bildung: elementar" und Absicherung der regelmäßigen Weiterbildung der Fachkräfte  Erhöhung des Mindestpersonalschlüssel, beginnend in den Kitas mit besonderen	//X
Weiterentwicklung Bildungsprogramm "Bildung: elementar" und Absicherung der regelmäßigen Weiterbildung der Fachkräfte  Erhöhung des Mindestpersonalschlüssel, beginnend in den Kitas mit besonderen Bedarfen	\/\X
Weiterentwicklung Bildungsprogramm "Bildung: elementar" und Absicherung der regelmäßigen Weiterbildung der Fachkräfte  Erhöhung des Mindestpersonalschlüssel, beginnend in den Kitas mit besonderen Bedarfen  Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit auf kommunaler Ebene	\/\X

Verstetigung des Landeszentrums Jugend + Kommune	<b>~</b>
Stärkung Kinder- und Jugendbeteiligung u.a. durch Jugendpolitisches Programm und Partizipationsprojekt "Jugend macht Zukunft"	<b>~</b>
Stärkung der Jugendverbände; tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeitenden	<b>~</b>
Organisatorische Anbindung des Landesjugendamtes an das für Kinder und Jugendhilfe zuständige Ministerium	×
Absenkung des Mindestalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre	X
Bereitstellung einer weiterhin gut ausgebauten Beratungslandschaft mit Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung, Schwangerschaftsberatung, Sucht- und Schuldner:innenberatung	<b>~</b>
Stärkung des Kinderschutzes im Netzwerk der frühen Hilfen, der lokalen Netzwerke Kinderschutz und des Kinder- und Jugendbeauftragten der Landesregierung	<b>~</b>
Verstetigung der Schulsozialarbeit	<b>/</b>
Strukturelle Förderung der Landesseniorenvertretung	<b>/</b>
Einbeziehung der Landesseniorenvertretung bei allen seniorenpolitisch relevanten Initiativen	<b>/</b>
Schaffung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum und von Wohnraum für junge Familien	<b>/</b>
Evaluation und Fortschreibung des seniorenpolitischen Programms des Landes	<b>/</b>
BEREICH KLIMA UND ENERGIE	
eine mittel- und langfristige Strategie für eine klimafreundliche und sichere Energieversorgung	<b>/</b>
eine klare Strategie, wie die Kommunen und die Bürger*innen in unserem Land zukünftig mehr vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren	<b>/</b>
einen Fahrplan für eine sinnvolle energetische Sanierung der Landesliegenschaften	<b>/</b>
Landesverwaltung bis 2035 klimaneutral	
=> Wir wollen mit dem verabredeten Zukunfts- und Klimaschutzkongress, dessen Ergebnisse in Regierungshandeln einmünden sollen (Zeilen 2645, 2651), wie auch den Verabredungen zur CO2-Reduktion (Zeilen 2652ff) die Klimaschutzziele zu	~/ <b>×</b>

	1
fixieren versuchen. Daher kann die klimaneutrale Landesverwaltung ebenfalls das Ergebnis des Klimakongresses und der daraus folgenden Umsetzung sein.	
bei jeder Sanierung und jedem Neubau öffentlicher Gebäude erneuerbare Energien einsetzen	<b>/</b>
Ökostrom in allen Landeseinrichtungen	X
Umstellung des Fuhrparks der Landesregierung auf mit nicht fossilen Energieträgern betriebene Dienstfahrzeuge	X
kein Fracking in Sachsen-Anhalt	. 154
=> Fracking nicht ausdrücklich erwähnt	~/×
Innovationsstrategie für die Erforschung klimaneutraler Energieträger	<b>/</b>
länderübergreifende grünen Wasserstoffstrategie	<b>\</b>
ausreichend Flächen für erneuerbare Energien; Repowering in Vorranggebieten	<b>/</b>
Kommunen und Bürger*innen vor Ort müssen direkten Mehrwert von umweltfreundlichen Energiequellen generieren können	<b>/</b>
keine Windkraft im Wald und in direkten touristischen Hotspots des Landes	X
BEREICH KULTUR	
eine Modernisierung der Förderinstrumente und der Zuwendungspraxis, Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsverfahren sowie mehr über- und mehrjährige Verträge bei langjährig geförderten Projekten	<b>/</b>
auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Kulturlandschaft, für national bedeutsame, mit Bundes- und Europamitteln geförderte Projekte und Maßnahmen, wird die Kofinanzierung durch das Land sichergestellt	<b>~</b>
Stärkung der Barrierefreiheit, um die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Barrieren im Kulturbereich – baulich, in der Kommunikation und im Zugang - sollen abgebaut werden. Kultureinrichtungen sollen ihre Angebote auf Barrierefreiheit überprüfen	<b>\</b>
eine Fortschreibung der mehrjährigen Theater- und Orchesterverträge und tarifgerechte Bezahlung und die Abschaffung der Haustarife an allen Häusern und in allen Orchestern, Dynamisierung auch für die neue Vertragsperiode ab 2023	<b>\</b>
inhaltlich-konzeptionellen Entwicklung und Erprobung neuer Formate bei den freien Theatern, Gastspielförderung	<b>/</b>
Stärkung der kulturellen Bildung und für alle Generationen und Entwicklung von neuen Formaten und Kooperationen, um die kulturelle Teilhabe zu verbessern, Förderung der Kinder- und Jugendkultur	<b>~</b>

Die verfassungsgemäße Freiheit von Kunst und Kultur wird garantiert, und allen ideologischen Eingriffen, Beeinflussungen und Angriffen auf die Kunst und Kulturfreiheit werden sich die Koalitionspartner mit aller Macht entgegenstellen	<b>~</b>
Konzeptionelle Weiterentwicklung der Industriekultur, Vernetzung und Schaffung von Lernorten, Entstehung eines multimedial erlebbares Online-Portal mit Zeitzeugenarchiv	<b>~</b>
Konzeptionelle Weiterentwicklung, Qualifizierung und Digitalisierung der Museen – weiterer Ausbau der systematischen Provenienzforschung in den Museen und Sammlungen des Landes für das 19. und 20. Jahrhundert	<b>~</b>
Weitere Digitalisierung wertvoller Sammlungsbestände von Museen, Stiftungen, Bibliotheken und Archiven sowie Aufbau eines Kulturportals Sachsen-Anhalt	<b>/</b>
Erarbeitung eines Landeskulturfördergesetzes	<b>/</b>
Unterstützung von Bundesratsinitiativen zum Staatsziel Kultur	<b>\</b>
Depotneubauten für das Moritzburg	<b>/</b>
Erhalt des kulturellen Erbes und sichere Finanzierung der Landesstiftungen, Sonder- und Landesausstellungen, Landesgeschichte	<b>/</b>
Weiterentwicklung der Musiklandschaft und der neuen Musik	<b>/</b>
Höhere Landesförderung für die Musikschulen und Nachwuchsoffensive für genügend Instrumentallehrkräfte	<b>/</b>
Überführung der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz mit dem UNESCO-Welterbe des Gartenreichs in eine Dauerförderung mit fester Etatisierung in den Bundeshaushalt	<b>/</b>
Weiterentwicklung der UNESCO-Welterbestätten	<b>/</b>
einen kommunalen Kulturlastenausgleich für Kommunen, die sich (finanziell) besonders stark in der Kulturförderung engagieren. Sie sollen einen Zuschuss erhalten.	X
Die öffentlich geförderten Kultureinrichtungen sollen einen Beitrag zur Einsparung von CO2 leisten, indem sie in die Lage versetzt werden, sich auf Klimaveränderungen einzustellen. Es gilt zunächst Strategien der Nachhaltigkeit für die Kultureinrichtungen zu definieren und aktiv umzusetzen.	<b>~</b>
2025 jährt sich der mit der Person Thomas Müntzer eng verknüpfte Bauernkrieg zum 500. Mal. – Ertüchtigung der kulturellen Orte (zum Beispiel Allstedt) und Partizipation an bereitgestellten Bundesmitteln	<b>~</b>
Begleitung der Baumaßnahmen für die neue Weill-Synagoge Dessau und die Neue Synagoge Magdeburg bis zur Fertigstellung	<b>/</b>
Stärkung der Vermittlungsarbeit der Stätten des jüdischen Erbes insbesondere die museumspädagogische Arbeit des Berend-Lehmann-Museums in Halberstadt und des Museums Synagoge Gröbzig - dauerhafte Unterstützung jüdischen Kulturtage	<b>/</b>

	1
Umsetzung des Konzepts des "Dritten Ortes"	<b>/</b>
Partizipative Kulturentwicklungsplanung, Erstellung von Potential- und Netzwerk- analysen für eine bessere Kooperation in den Regionen	×
Weiterentwicklung Bibliothekslandschaft in einen zeitgemäßen Angebots- und Aufenthaltsort und Unterstützung bei der Digitalisierung	<b>/</b>
Unterstützung der soziokulturellen Projekte und Zentren, die ein vielfältiges, buntes kulturelles Angebot an unterschiedliche Bevölkerungsgruppen richten.	<b>/</b>
BEREICH LANDESENTWICKLUNG	
Schaffung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum und von Wohnraum für junge Familien	<b>\</b>
sozialer Wohnungsbau, um der sozialen Entmischung entgegenzuwirken	<b>/</b>
Fortsetzung des erfolgreichen Aufzugsprogramms	<b>/</b>
kommunale Wohnungsunternehmen sollen auch über Gemeindegrenzen hinweg tätig werden können	×
Förderprogramm "Wachsende Städte und Dörfer"; Flexibilisierung der Förderbedingungen zur passgenauen Innenentwicklung in Städten und Dörfern	
=> nicht in dieser Konkretisierung, aber Landesentwicklungsplan soll zum Masterplan für ländlichen Raum werden und verschiedene Zusagen zur Denkmalpflege	~/ <b>×</b>
konsequente Nutzung der Städtebauförderung des Bundes durch Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierung	<b>/</b>
Unterstützung des Quartiers- und LEADER-Managements	<b>\</b>
Handhabung des Denkmalschutzes mit dem Grundsatz "Nutzung vor Verfall"	<b>/</b>
BEREICH Landwirtschaft und Forstwirtschaft	
Leitlinien einer nachhaltigen Landnutzung	<b>/</b>
auskömmliche Bedingungen für die Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben	×
ein wirkungsvolles Agrarstrukturgesetz, (Koalitionsvertrag: In der 8. Legislaturperiode wird die Diskussion über ein Agrarstrukturgesetz des Landes erneut aufgenommen und zum Ende geführt)	~/×

den Erhalt der bisherigen Vielfalt bei den saatgutproduzierenden Unternehmen. Monopolstellungen einzelner Unternehmen lehnen wir ab	X
weniger Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Versiegelung	<b>/</b>
eine finanzielle Absicherung der Wiedervernässung geeigneter Moorstandorte aus Gründen des Natur-, Gewässer- und Klimaschutzes	X
eine weitere Stärkung des Tierwohlkompetenzzentrums in Iden	<b>/</b>
eine solide Finanzierung der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt, um die Regional- und Direktvermarktung weiter zu stärken	<b>/</b>
eine zeitnahe Anerkennung und Honorierung der Ökosystemleistungen der Wälder	<b>/</b>
eine gezielte Anpflanzung von trockenheitsresistenten Baumarten bei Wiederaufforstungen	<b>/</b>
eine Überarbeitung der bestehenden Konzepte für die Waldbrandprävention, um der durch die Trockenheit der letzten Jahre entstandenen Wasserknappheit Rechnung zu tragen	<b>/</b>
eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Verbänden der Waldwirtschaft, insbesondere dem Bündnis für den Wald	X
eine Aufstockung der Landesforstverwaltung auf 1.000 Stellen	X
die Konzentration der Aufgaben der Forstverwaltung in einer Anstalt öffentlichen Rechts	×
eine zeitnahe Überarbeitung der Förderrichtlinien für alle Waldflächen	<b>/</b>
die Rückführung der Flächenhoheit auf die zuständigen Reviere bzw. Förster*innen	X
das Anlegen eines Notfallfonds für Katastrophen	×
die Unterstützung der Besitzer*innen von kleinen Waldflächen zur nachhaltigen Bewirtschaftung	<b>/</b>
die Behandlung unseres Waldes als systemrelevant	X
die Einführung eines Zuschusses für den Landesangelverbandes und die gemeinnützigen Angelvereine mit eigenen Gewässern, um deren Pflege und artgerechten Fischbesatz zu verbessern	X

BEREICH MEDIEN	
Kritisch-konstruktiver Dialog mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Schaffung von Einsparmöglichkeiten bei weiterer Erfüllung des Programmauftrags und der Sicherung journalistischer Unabhängigkeit	<b>~</b>
Weitere Unterstützung für lokale und regionale Medien; zusätzliche finanzielle Mittel unter Wahrung der Programmfreiheit für Bürgermedien, offene Kanäle und nicht-kommerzielle Lokalradios	~/×
=> Programmfreiheit nicht explizit im Entwurf enthalten	
Weitere finanzielle Sicherung der Landesmedienanstalt durch Anteil am Rundfunkbeitrag	<b>/</b>
Stärkung der Medienbildung in allen Bereichen von Kita bis Erwachsenenbildung	<b>/</b>
Stärkung des Kinder- und Jugendmedienschutzes auch im digitalen Raum	<b>/</b>
Ausbau von Übertragungstechnologien und Sicherstellung der Zugänglichkeit für alle Nutzer	
=> "Unser Ziel ist, die privaten Radioveranstalter weiter bei dem Umstieg in den digitalen Hörfunk zu unterstützen. Ein Abschalten der analogen UKW-Verbreitung lehnen wir jedoch für die kommenden zehn Jahre ab, solange der überwiegende Bevölkerungsteil diesen Empfangsweg nutzt."	~/×
Bessere Ausstattung der Mitteldeutschen Medienförderung mit Blick auf die Struktureffekte für Sachsen-Anhalt	<b>/</b>
BEREICH SOZIALES	
Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut (u.a. Armut im Alter und von Alleinerziehenden)	<b>/</b>
Unterstützung von Initiativen, die sich für Lebensmittelrettung und die Linderung von Armut einsetzen wie zum Beispiel die Tafeln	<b>~</b>
Bundesratsinitiative für die Einrichtung eines Gerechtigkeitsfonds, um Benachteiligungen von Rentner*innen mit DDR-Erwerbsbiographien auszugleichen	<b>/</b>
Stärkung der Präventionsprojekte zum Suchtmittelmissbrauch sowie der Suchtberatung	<b>/</b>
Wir wollen den Übergang aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt noch stärker unterstützen. Das Budget für Arbeit werden wir als Förderinstrument transparent in die Öffentlichkeit tragen.	<b>/</b>
Digitale Informationen müssen umfassend für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden	<b>/</b>

BEREICH STRUKTURWANDEL	
Ersatzarbeitsplätze im Revier – kein Kumpel darf ins Bergfreie fallen	<b>~</b>
soziale Absicherung für ältere Beschäftigte in Tagebauen und Kraftwerken durch das zugesagte Anpassungsgeld	<b>/</b>
Mitentscheidung der Kommunalpolitik, welche Maßnahmen aus den Mitteln des Strukturstärkungsgesetzes gefördert werden	<b>/</b>
Förderungsschwerpunkt für technologieorientierte Unternehmen im Mitteldeutschen Revier	<b>/</b>
Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz auch für Bildungsinfrastruktur nutzen  => zwar abstrakt aber ausführlich enthalten	<b>~</b>
BEREICH TOURISMUS	
breite Unterstützung von Investitionen in die touristische Infrastruktur	<b>~</b>
touristische Infrastruktur koordiniert mit Bahnanschluss, ÖPNV und Fahrradstrecken; Verzahnung von Kultur- und Naturtourismus mit dem ÖPNV	<b>/</b>
Ausbau von Rad-, Wasser- und Wanderwegen	<b>~</b>
Förderung von barrierefreien touristischen Angeboten	<b>~</b>
BEREICH UMWELT	
Schutz einheimischer Tier- und Pflanzenbestände und Förderung der Artenvielfalt	<b>~</b>
effektives und nachhaltiges Vorgehen gegen den Insektenrückgang	<b>~</b>
Umsetzung und Konkretisierung der Biodiversitätsstrategie	<b>~</b>
weitere Umsetzung notwendiger Natura-2000-Maßnahmen	<b>/</b>
weiterer Lückenschluss am Grünen Band	×
nachhaltige Sicherung von sauberem Trinkwasser	<b>/</b>

verstärkter Schutz der Gewässer	<b>~</b>
weiterer Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen	<b>~</b>
Verwendung von Recyclingpapier in der Landesverwaltung und den Kommunen	×
ein perspektivisches Verbot von Glyphosat und Neonicotinoid	×
klimaresistente Aufforstung des Landeswaldes zu Mischwald	
=> Mischwald nicht ausdrücklich erwähnt	✓/ <b>X</b>
verpflichtende Kastration von Freigängerkatzen	X
auskömmliche Finanzierung der Tierheime	X
Registrierungspflicht für Heimtiere	X
ein verpflichtender Hundeführerschein für alle Hundehalter*innen, der kostenlos vom Land angeboten wird	×
ein grundsätzliches Abschussverbot für Wölfe	<b>/</b>
landesweites Wildtierverbot in Zirkussen und für Privatpersonen	X
Tauben sollen nicht mehr als Schädlinge gelten; landesweites	
Taubenschutzprogramm	<b>√/</b> ×
=> Modellprojekt zum Tierschutz für Tauben	,
BEREICH VERKEHR	
ein Förderprogramm für flächendeckenden ÖPNV im ländlichen Raum	×
die Sicherstellung der bestehenden Straßenbahnnetze sowie die Förderung der Neuanschaffung von Straßenbahnen in den betreffenden Städten	<b>~</b>
die Unterstützung der Städte und Kreise bei der Schaffung barrierefreier Haltestellen.	<b>~</b>
Modellprojekte für ein 365-Euro-Ticket im städtischen und ländlichen Raum mit verschiedenen Ratenzahlungsoptionen	<b>~</b>
die Förderung von Elektro- und Wasserstoffbussen	<b>/</b>

	1
Maßnahmen zur Vereinfachung von Investitionen in Infrastruktur	<b>/</b>
ein Verbot der Stilllegung von Bahnstrecken und die Prüfung der Reaktivierung alter Bahnstrecken und von Halten an (noch) betriebenen Strecken, insbesondere wenn diese Mittelzentren an Oberzentren anschließen bzw. neue Strecken über Landesgrenzen hinweg entstehen (teilweise umgesetzt: Wir werden keine weiteren Nahverkehrsleistungen in Sachsen-Anhalt abbestellen.)	~/×
bessere Anbindungen im Fernverkehrsangebot auf der Schiene. Die Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg an den ICE-Fernverkehr und von Dessau- Roßlau (Verlängerung des IC 61) sowie der Mittelzentren an den IC-Fernverkehr bleibt unser Ziel	<b>/</b>
die Unterstützung der HSB als wichtiges regionales Verkehrsmittel	<b>/</b>
eine Fortsetzung des Schnittstellenprogramms zur Verbesserung der Umsteigebeziehungen und zur Sanierung von Bahnhofsgebäuden	<b>/</b>
Betriebsübergang bei Verkehrsdienstleistungsvergaben. Dies bedeutet: Arbeitsplätze bleiben erhalten und gehen auf den neuen Verkehrsbetrieb mit den bisherigen Bedingungen über	<b>/</b>
die perspektivische Umstellung des Schienenverkehrs in Sachsen-Anhalt auf E-Antrieb	X
ein kostenloses Schüler*innen Ticket in ganz Sachsen-Anhalt	×
ein flächendeckendes Radwegenetz an Landes- und Bundesstraßen, eine Modernisierung der vorhandenen Wege und die Umsetzung des Landesradverkehrsplans. Bei jedem Ausbau einer Straße außerorts mit überörtlicher Bedeutung wird ein Radweg gebaut!	<b>\</b>
Acht Prozent der Straßenbaumittel sind für Radverkehr aufzuwenden.	<b>/</b>
Wir wollen eine konsequente Anwendung der ERA2010	<b>~</b>
eine Landeskampagne "Sachsen-Anhalt steigt auf!"	×
die Förderung von modernen und diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Bus- und Straßenbahnhaltestellen	
Unterstützung des Baus von Radschnellwegen	<b>\</b>
die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen	<b>/</b>
	1

eine Aufwertung der*des Radverkehrskoordinator*in im Verkehrsministerium. Aktives Einwerben der Bundesmittel aus dem Klimapaket für Projekte in Sachsen-Anhalt	<b>/</b>
ein Pilotprojekt zur Verlagerung von innerstädtischem Lieferverkehr auf Lastenräder	
die Förderung Radtourismus (Touristische Radwege werden gefördert)	×
Modellprojekte zur Weiterentwicklung des Radverkehrs (Protected Bike Lane, Fahrradbrücken, Anbindung von Schulen oder Kitas)	X
ein Förderprogramm für Straßenbau in Kommunen, damit Straßen und Brücken saniert werden können	<
die Umsetzung der wichtigen Bundesstraßenbauprojekte. Dazu zählen die Nordverlängerung der A 14, die Verbindung der A 38 und der A1 4 durch die A 143	<b>\</b>
Beseitigung von Unfallschwerpunkten	<b>/</b>
eine Unterstützung der Arbeit der Verkehrswachten, denn Verkehrserziehung ist ein wichtiger Baustein für die Verkehrssicherheit	<b>/</b>
den Ausbau des Netzes von E-Ladestationen für E-Autos	X
eine Verlagerung der Logistikverkehre soweit wie möglich von der Straße auf die Schiene; Realisierung des Projekts Lkw- Züge Frankfurt/ODortmund durch den Bund	X
die Vertretung der Landesinteressen in der Mitteldeutschen Flughafen AG, insbesondere im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle als internationales Frachtdrehkreuz für Mitteldeutschland sowie für den Linien- und Charterverkehr. Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms und der CO2-Emissionen (Ziel: Maßnahmen zur Reduzierung von CO2-Emissionen konnte nicht erreicht werden)	<b>\</b>
den Erhalt der Binnenschifffahrt durch den Erhalt der Wasserstraßen. Dies soll nach modernsten ökologisch verträglichen Methoden erfolgen	<b>/</b>
den Erhalt der landesbedeutsamen Fähren	<
ein Förderprogramm für die (temporäre) Errichtung von Lkw-Stellplätzen auf derzeit nicht genutzten Flächen in autobahnnahen Gewerbegebieten	<b>/</b>
die Ausweitung der Lkw-Maut auf betroffene Straßen, um Maut-Ausweichverkehre unattraktiver zu machen und den Kommunen und Landkreisen eine gerechte, nutzerbezogene und dem Verursacherprinzip entsprechende Finanzierung für den Erhalt der Straßen zur Verfügung zu stellen	×
Wir streben eine Ausweitung der beiden Verkehrsverbünde MDV und marego an, damit in Sachsen-Anhalt alle Räume durch Verbünde abgedeckt werden.	<b>\</b>

BEREICH WIRTSCHAFT	
zinsgünstige Darlehen oder Bürgschaften für Investitionen durch KMU	<b>/</b>
Unterstützungsangebote zur Sicherung von KMU vor Ort	<b>/</b>
Förderung der Digitalisierung der Wirtschaft, Industrie 4.0	<b>/</b>
Umsetzung der Fachkräftestrategie	<b>/</b>
mind. 10 % der Forschungsförderung für Unternehmen	~/X
=> FuE-Förderung steht allen Unternehmen ohne Quote offen	,
besondere Förderung von genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten wirtschaftlichen Vorhaben	X
Industrie auf CO <sub>2</sub> -neutrales Zeitalter vorbereiten	<b>/</b>
Innovation und moderne Technologien als Schwerpunkte der industriepolitischen Ansiedlungsstrategie des Landes	<b>~</b>
geschlossene Stoffkreisläufe	<b>/</b>
Weiterentwicklung von Gewerbegebieten, ausreichend Platz für Zukunftstechnologien	<b>/</b>
Forschungsstarthilfe für Unternehmen in den Bereichen Klimaneutralität und CO <sub>2</sub> -Reduzierung	<b>~</b>
Kompetenzzentren für autonome Steuerung und alternative Antriebstechnologien	
=> wurde in den letzten Jahren mit IKAM, CMD u.a. Einrichtungen reichlich abgedeckt	×
Beratung und verstärkte Unterstützung von Gründer*innen	<b>/</b>
Förderung von Unternehmen in der Kreativ- und IT-Wirtschaft	<b>/</b>
Unterstützung von Coworking-Angeboten für Kreative	<b>/</b>
enger Wissensaustausch zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen	<b>/</b>
Landesförderprogramm für Start-ups	<b>~</b>

Ausbau der Verbundforschung von Unternehmen und Hochschulen	<b>/</b>
Tariftreue- und Vergabegesetz	<b>/</b>
BEREICH WISSENSCHAFT	
eine eigenständige Landesforschungsförderung	<b>/</b>
Anerkennung der Lehre als wichtiger Bestandteil der Hochschule, Lehraufträge deutlich besser bezahlen	<b>/</b>
Anstellung von Doktorand*innen an Lehrstühlen in Sachsen-Anhalt zu mind. 65%	
=> Die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes auf diese Beschäftigungsverhältnisse an den (insoweit autonomen) Hochschulen sind begrenzt. Immerhin wurde erreicht, dass statt der gewünschten 65% nunmehr auf mindestens 50% - Beschäftigungsverhältnisse hingewirkt werden soll. (KoaV, Zeile 2364)	~/×
weitere Tenure-Track-Professuren	<b>/</b>
einen Vernetzungsfonds für alle Forschungsinstitutionen	X
mehr Kooperationen der Hochschulen im Bereich der zentralen Aufgaben	<b>/</b>
klares Bekenntnis zu kleinen Fächern, die durch den Bund unterstützt werden	
müssen	
=> Das Bekenntnis dazu findet sich in Zeilen 2264f. Und zugleich unsere Verpflichtung, auf eine Bundesfinanzierung hinzuwirken.	•
eine Reformierung des Studentenwerksgesetzes mit dem Ziel, dass es komplett gegendert wird und eine Aufstockung der Stellen verankert wird	
=> Studentenwerksgesetz ist Bundesangelegenheit. Stellen folgen aus der Ausstattung der StuW durch das Land. Das Ziel einer besseren finanziellen Ausstattung der StuW findet sich inhärent in Zeilen 2414ff, wenn wir uns zu mehr Handlungsspielräume nach Analyse der Finanzierung der Studentenwerke verpflichten.	×
Frauen in technischen Studiengängen fördern	<b>/</b>
zwei starke Universitätsklinika in Magdeburg und Halle	<b>~</b>
verstärkte Investitionsförderung für Uniklinika durch den Bund	

bessere Refinanzierung für Uniklinika durch die Krankenkassen	<b>/</b>
ausreichende Zahl öffentlich geförderter Wohnheimplätze für Studierende	<b>/</b>
Umsetzung von Inklusion an unseren Hochschulen	X
"Schnupperstudium" ohne Anrechnung auf die BAföG-Förderdauer	<b>/</b>
grundlegende BAföG-Reform ohne Rückzahlung	<b>/</b>
Abschaffung von Zweitstudiengebühren	<b>~</b>